

Hindu-Extremisten stürmen christlichen Ostergottesdienst

25. April 2025



Christen in Indien werden häufiger angegriffen

Quelle: envato/ stockfilmstudio

Die kleine christliche Gemeinde in Ahmedabad feierte friedlich ihren Ostergottesdienst, als Männer mit Messern und Stöcken eindringen und sie lautstark bedrohten. Ein Video zeigt, wie sich so etwas anfühlt.

In Indien kommen Christen [in grosser Zahl zum Glauben](#). Gleichzeitig [häufen](#) sich die Übergriffe auf Christen und christliche Gemeinden. Wie zum Beispiel in Ahmedabad, Bundesstaat Gujarat, am Ostersonntag: Eine kleine Gemeinde feierte friedlich Ostern, als mehrere Männer mit Stöcken und Messern den Gottesdienst betraten und lautstark zu schimpfen begannen, die Christen hätten kein Recht, ihren Glauben zu praktizieren.

Im Video miterleben

Es ist eins, in einem freien Land solch eine Meldung zur Kenntnis zu nehmen – und etwas anderes, solch einen Vorfall «mitzuerleben», selbst wenn es sich hier (zum Glück) nur um verbale Gewalt handelt. Ein [Video](#), das in den sozialen Medien kursiert, zeigt hautnah die laute Wut und die Aggressivität der Hindu-Nationalisten, die Frauen und Kinder bedrohten und laut riefen «Jai Shri Ram» oder «Ehre dem Gott Rama». Die Männer beschuldigten die Christen, Hindus gewaltsam zu bekehren.

Die Polizei wies schliesslich die Männer an, die Kirche zu verlassen. Es wurden keine Festnahmen vorgenommen.

«Solche Angriffe, vor allem an einem so bedeutenden Tag wie Ostern, sind ein direkter Angriff auf die Religionsfreiheit», erklärte die Ortsgruppe Gujarat der Evangelical Fellowship of India (EFI) in einer Stellungnahme. «Wir fordern die Behörden auf, für Gerechtigkeit zu sorgen und die Minderheitengemeinschaften zu schützen.»

Oberstes Gericht beschäftigt sich mit Anti-Bekehrungsgesetzen

Gujarat ist einer von zwölf indischen Bundesstaaten mit Anti-Bekehrungsgesetzen. Am 16. April verhandelte der Oberste Gerichtshof Indiens über einen Eilantrag gegen den Missbrauch der Anti-Konversionsgesetze des Landes zur Bekämpfung von Minderheiten. Bei dem Gericht waren diverse Petitionen eingegangen, in denen die in mehreren Bundesstaaten geltenden Anti-Konversionsgesetze angefochten wurden. Eine Gruppe von Anwälten unter der Leitung der Interessengruppe Citizens for Justice and Peace (CJP) erklärte, dass die Anti-Konversionsgesetze die Privatsphäre, die Freiheiten und die Autonomie von Erwachsenen beeinträchtigen. In der Praxis hätten die Anti-Konversionsgesetze zumindest in den letzten vier Jahren zu einem weit verbreiteten Missbrauch geführt. Obwohl sie angeblich erlassen wurden, um Zwangskonversionen zu verhindern, würden sie von radikalen Hindu-Organisationen und staatlichen Behörden als Waffe eingesetzt, um Christen und Angehörige anderer religiöser Minderheiten zu diskriminieren, sie fälschlicherweise zu beschuldigen und ein Klima der Angst zu schaffen. So würden häufig falsche Beschwerden eingereicht und die Strafverfolgungsbehörden unter Druck gesetzt, gegen einzelne Christen und ihre Gemeinschaften vorzugehen, oft ohne glaubwürdige Beweise.

In der Klageschrift wird weiter argumentiert, dass die bestehenden Gesetze keinen ausreichenden Schutz gegen Missbrauch bieten. Eines der Hauptprobleme sei die Tendenz der staatlichen Behörden, auf Beschwerden zu reagieren, ohne eine vorherige Untersuchung durchzuführen. Dies habe zu «willkürlichen Verhaftungen, Inhaftierungen und zur sozialen und rechtlichen Stigmatisierung der Beschuldigten, insbesondere von Christen und anderen Angehörigen von Minderheiten, geführt», so die Anwälte in der Klageschrift.

Zum Thema:

[*Regierung reagiert zurückhaltend: Nepal: Angegriffen, während sie Gott lobten
Mit Hirnblutungen ins Spital: Indien: Hinduistische Extremisten knüppeln Pastoren
nieder*](#)

[*Klima für Christen verschlechtert: Nepal: Hindu-Extremisten hinter Angriffen auf
Kirchen vermutet*](#)

Autor: Reinhold Scharnowski

Quelle: Livenet / ICC Newsroom / Persecution.org

Tags